

Schluderns

## Riesiger Aufwand

Welches Szenario sich nach den gesetzlich vorgeschriebenen europaweiten Ausschreibungen für größere öffentliche Bauvorhaben künftig abspielen wird, zeigte sich in der vergangenen Woche in Schluderns. 79 Bewerber haben sich zum Planungswettbewerb für den Neubau des Kindergartens mit Probelokal für die Musikkapelle gemeldet und ihre Ideen dargelegt. Neun Bewerbungen gingen mit Verspätung ein. „Es sind Architekten aus ganz Europa dabei, aus Deutschland, Österreich, Italien und zwei sogar aus England“, sagt **BM Erwin Wegmann**. Gründe für den Andrang ist die Technikerschwemme zum einen und zum anderen das zu erwartende Honorar von rund 209.000 Euro, bei geschätzten Baukosten von 2.250.000 Euro für das 4500 Kubikmeter umfassende Gebäude. Die Ansuchen müssen nun zuerst von der technischen Jury der Gemeinde

auf ihre Vollständigkeit hin überprüft werden. „Die internationale Ausschreibung bedeutet für uns einen enormen Aufwand“, so Wegmann. Es braucht ein eigenes Büro, das die Sache abwickelt und das bedeutet zusätzliche Spesen. Im Fall Schludernser Kindergarten-

bau hat das Büro Patscheider&Partner aus Mals den entsprechenden Auftrag erhalten. Nach dieser Vorarbeit ist die Fachjury am Zug. Sie setzt sich aus dem Vertreter des Landes Josef March, der Kindergartendirektorin Marianne Bauer, dem BM Wegmann sowie einem Architekten und einem Ingenieur zusammen. Anonym werden aus den Bewerbungen zehn Vorschläge ausgewählt. Und die betreffenden Architekten erhalten die Möglichkeit, ein Vorprojekt zu erstellen.

Ein Sieger wird das Rennen machen. Die übrigen neun erhalten eine Spesenvergütung, gestaffelt nach der Bewertung. Wegmann ist zuversichtlich, dass die Prozedur innerhalb von 2010 über die Bühne geht und mit dem Bau begonnen werden kann. (mds)



V.l.: der Generalsekretär der Bezirksgemeinschaft Vinschgau **Alfred Kaserer** und Bezirksratspräsident **Johann Wallnöfer**

Vinschgau

## Bezirksrat fordert Umbau des KH

Dass der Bezirk Vinschgau hinter dem Krankenhaus steht, wurde bei der letzten Bezirksratssitzung vor einer Woche einmal mehr deutlich. Johann Wallnöfer, der Präsident der Bezirksgemeinschaft sagte wörtlich: „Die Bevölkerung braucht das Bezirkskrankenhaus. Wir stehen dahinter. Der Umbau des alten Bettentraktes ist dringend notwendig. Wir haben die Zusage von Landesrat Richard Theiner, dass im kommenden Jahr eine Arbeitsgruppe eingesetzt und die Planung in Angriff genommen werden wird.“ Zudem forderte Wallnöfer, das Primariat in der Gynäkologie nachzubesetzen. Diesem Bekenntnis vorausgegangen waren Ausführungen über aktuelle Zahlen von Seiten der Verantwortlichen für das Krankenhaus Schlanders und die Aufforderung von Verwaltungsleiter Gottfried Federspiel, für den Neubau des Bettentraktes vermehrt Druck auf die Politik zu machen. Starke Personalprobleme ortete etwa der ärztliche Direktor Anton Theiner in der Gynäkologie und in der Pädiatrie. „Wir hatten bereits einen designierten Primar in der Gynäkologie, der ist aber wieder nach Meran zurückgegangen“, sagte Theiner. Über die immer mehr werdenden Leistungen im KH informierte Markus Marsoner und konnte feststellen, „dass das KH Schlanders zwar am wenigsten Patientenzufluss hat, die Patienten des Territoriums aber auch nicht abwandern.“ Pflegedienstleiter Christoph Alber konstatierte, dass im Pflegebereich und im technischen Bereich 319 Leute angestellt sind. 317 Leute kommen aus dem Vinschgau. 205 meist 50%ige Teilzeitstellen sind derzeit eingerichtet. „Das Krankenhaus ist damit sehr familienfreundlich“, sagte Alber. Die Direktorin Irene Pechlaner wies auf den Facharztmangel hin, der Sorgen bereite. Zudem werde die Ärzteschaft im-

mer mehr weiblich, was eine komplette Umstellung der Organisation zur Folge haben wird. Hohe Ansprüche habe der Patient. Während von auswärts viel Lob komme, sei, so Pechlaner, „der Südtiroler Patient kein leichter.“

Bei der Genehmigung der Programme für Arbeiten und Dienste hatte der Prader Karl Bernhart einige Fragen. Formuliert war eine „durchgehende Asphaltierung des Radweges“. Bernhart forderte, dass andere Möglichkeiten, gerade beim Radweg durch die Prader Sand, in Betracht gezogen werden sollten. Erhard Alber sprach sich gegen eine Asphaltierung auf der Strecke Laas-Göflan aus. Sicherheitsgründe sprächen für eine Asphaltierung, sagte Wallnöfer. Erfreulich sei, so Wallnöfer, dass beim Fahrradabschnitt Latsch-Goldrain die Unterschriften der Grundbesitzer vorhanden seien.

Obwohl von der Provinz rund 100.000 Euro weniger Zuschüsse für die Sozialdienste für das Jahr 2010 vorgesehen sind, werden die Leistungen nicht abnehmen. Und dies aufgrund des Verwaltungsüberschusses und aufgrund eines Interreg-Programmes.

Genehmigt wurde dann der Haushaltsvoranschlag für 2010. Von den 18,7 Millionen Euro Einnahmen werden 1,5 Mio. für laufende Ausgaben verwendet, 6,4 Mio. für die Umweltdienste, 8,8 Mio. für die Sozialdienste, 3,2 Mio. Investitionen und 1,2 Mio. für Dienste für Rechnung Dritter.

Einstimmig beschlossen hat der Bezirksrat schließlich, dass Sepp Nogger, der seit seinem Rücktritt als Malser Bürgermeister nicht mehr Mitglied des Bezirksrates ist, die Bezirksgemeinschaft weiterhin im Vinschger Energie Konsortium (VEK) und auch im Interreg Rat „Terra Raetica“ vertreten soll. (eb)



Sulden/Schnals/Südtirol

## Kampf dem Skilehrer-Wildwuchs

Er hat nichts gegen auswärtige Skilehrer. Das unterstreicht Emil Hofer, der Leiter der „Skischule Gustav Thöni“ in Sulden. Doch diese müssen dieselben Voraussetzungen und gesetzlichen Vorgaben erfüllen wie die einheimischen und regulär gemeldet sein. Weil das oft nicht der Fall ist, geht Hofer auf die Barrikaden. Er hat sich bereits 2007 erfolgreich gegen auswärtige Skilehrer ohne Legitimation in Sulden gewehrt (der „Wind“ berichtete). Mit Rückendeckung der Hoteliers waren diese zusammen mit Gästegruppen nach Sulden gekommen und hatten Kurse geleitet. „Ich habe mich damals voll hinter meine Leute gestellt, denn es geht nicht an, dass diese arbeitslos sind“, so Hofer. Probleme mit den auswärtigen Skilehrern gibt es im ganzen Land. Aufgeheizt ist die Situation derzeit im Schnalstal, wo die polnische Skischule „Szkola Narciarska“ tätig ist. Sehr zum Missfallen der Schnalser Skilehrer. Als Bezirksvertreter der Skischulen in der Skilehrer-Berufskammer stellt sich Hofer nun auch voll hinter die Schnalser. „Wir müssen verhindern, dass unsere gut ausgebildeten Nachwuchsskilehrer auf der Strecke bleiben.“ Das Verhalten der Politiker sei in dieser Sache sehr zäh, und er fordert sie auf, den Berufsstand der Südtiroler Skilehrer durch Anwendung der bestehenden Gesetze zu schützen. Fuchsteufelwild macht ihn auch der Umstand, dass die Vinschger Skischulen regelmäßig von der INPS und dem Arbeitsinspektorat kontrolliert werden,

während die illegal tätigen Skilehrer meist unbehelligt bleiben. „Diese haben Narrenfreiheit, zahlen keine Steuern, keine Sozialabgaben und leisten keinen Beitrag an der Infrastruktur“, wettet Hofer. „Unsere legalen Skischulen sind oft der Willkür der Ämter ausgesetzt“. Und was er damit meint, beschreibt er mit einem Beispiel: Seine Skischule habe wegen eines Praktikanten aus der Sportoberschule eine Strafe von 4.600 Euro bekommen. Zu Unrecht, wie er meint. Er musste es hinnehmen, da sich die Spesen für einen Rekurs auf rund 8.000 Euro belaufen hätten.

Inzwischen konnte, unter anderem auf Hofers Betreiben in der Berufskammer der Skilehrer hin, ein Teilerfolg gegen die ausländische Skilehrer-Invasion durch eine neue Gesetzesnovellierung erreicht werden. Ausländische Skilehrer müssen sich künftig 30 Tage vor ihrem Eintreffen anmelden, damit sie auf ihre Legitimation überprüft werden können. Und neue Skischulen können nur gegründet werden, wenn sie mindestens zehn Skilehrer beschäftigen. Ob der Skilehrer-Wildwuchs damit eingedämmt werden kann, muss sich erst zeigen. (mds)



**Emil Hofer:** „Die Politiker als Volksvertreter sind aufgefordert, die Illegalität durch Verwaltungsstrafen und Strafverfahren zu ahnden.“

Vinschgau/Bozen

## In die Glut blasen

„Christus bekennen“ wird der Energielandsrat Michl Laimer in der ersten Landtags-sitzung im Jänner müssen. Die Vinschger Landtagsabgeordneten Sepp Noggler und Arnold Schuler wollen mit einer Anfrage zur aktuellen Fragestunde wieder in die Energie-Glut blasen. Laimer hatte im Oktober den Grauner BM Albrecht Plangger mit der Aussage abgefertigt „es gebe nichts zu verhandeln“. Plangger wollte von Laimer zum x-ten Mal wissen, wie es um die Verhandlungen um die Vergabe der Großableitungen am Haidersee stehe. Der Hintergrund: Seit Jahrzehnten gibt es für den Marienbergbach, für den Schliniger- und für den Arundabach sowie für den Haidersee nur eine provisorische

Konzession. Die genannten Gewässer werden in den Reschenstausee geleitet und von dort mit satterm Gewinn über die E-Mühlen gemahlen.

Nun wollen Noggler und Schuler von Laimer wissen, ob die 2002, damals von Laimer als SEL-Präsident, unterschriebene Vereinbarung noch eingehalten werde. „Ist es wahr, dass die Landesregierung in den internen Vereinbarungen (welche nicht öffentlich zugänglich gemacht werden) mit

der Edison eine Abmachung zur Einbringung des Haidersees in die Konzession Reschensee getroffen hat?“, wollen Noggler und Schuler auf eine Vermutung, die sich im Vinschgau hartnäckig hält, eine klare Antwort. (eb)



**L-Abg. Sepp Noggler**

### GLOSSE

## kubatur in sicht

wie konnte das den Schweizern passieren? die Schweiz, das sparschwein der halben Welt, beleidigt durch seine undiplomatische Entscheidung die schmatzigen Muslime so sehr, dass diese nun daran denken, ihr Vermögen aus der Schweiz abzuziehen. liebe Südtiroler Politikerinnen und Politiker, so etwas darf bei uns nie passieren! Südtirol soll ja bekanntlich bald Steuerhoheit bekommen und wird somit in Zukunft noch genauer schauen müssen, woher Geld kommt und wo es hingehet. Seht ihr da nicht die Chance des Jahrhunderts? unsere Freunde vom Politisch Rechten Ufer wollen auch in Südtirol eine Volksabstimmung über Minarette in die Wege leiten. Bravo, ich bin dafür, werde für den Bau von Minaretten werben, einmal wegen der Religionsfreiheit, aber auch aus einem anderen Grund. Ihr Gemeindeverwalter in Geldnöten, habt ihr einmal überlegt, wie viel Kubatur eine Moschee samt Minarett besitzt? Es gibt in unserem Land bekanntlich viele Großkubaturbesitzer, denen das italienische Gesetz verbietet, 1000 zu zahlen. Hier müssen wir zuschlagen! Mein Vorschlag konkret: ermuntert sie, zu bauen! Die Moschee darf nur nicht größer sein als die jeweilige Kirche, das Minarett nicht höher als der Kirchturm – Ordnung muss sein! Aber für diese architektonische Toleranz (religiös tolerant sind wir sowieso) kassieren wir die Immobiliensteuer bis auf den letzten Kubikzentimeter, das ist legal! Aber Vorsicht: die Religion, die Moscheen baut, darf nicht Staatsreligion werden, sonst sind ihre Gebäude 1000-befreit!

y